

# Austausch mit vier Interessenten

**BÖSENSELL** (di). Das Vorhaben der Pfarrgemeinde St. Laurentius, in Bösenzell eine neue Kita zu errichten, hat eine Etappe absolviert. Die Betreuungseinrichtung und flankierende Wohnbebauung sollen – wie berichtet – auf einer 13 Hektar großen Fläche im Sporksfeld entstehen, die bisher noch als Acker genutzt wird. Am Montag fand im Pfarrheim St. Johannes ein Kolloquium statt, das Interessenten, die das Vorhaben realisieren könnten, die Möglichkeit bot, vertiefende Fragen zu stellen und sich mit Vertretern der Kirchengemeinde auszutauschen.

Von fünf Interessenten, die die Unterlagen mit der Aufgabenbeschreibung angefordert hatten, waren vier bei dem Termin, der für die weitere Teilnahme nicht verpflichtend ist, vertreten. Wie Pfarrer Dr. Oliver Rothe auf Anfrage erklärt, habe es sich jeweils um ein Duo aus Investor und Architekt gehandelt, die aus Senden, Münster und Umgebung stammen.

Dass der Termin des Kolloquiums von vier Fünftel der



Stellten das Projekt im Mai erstmals vor (v.l.): Kita-Leiter Denis Hölscher, Siegfried Thielen vom Kirchenvorstand, Pfarrer Dr. Oliver Rothe, Dirk Walkkötter und Bürgermeister Sebastian Täger. Foto: Dietrich Harhues

Interessenten wahrgenommen wurde, lässt Rothe „verhalten optimistisch“ auf den weiteren Verlauf des Vorhabens blicken. Ob die Gespanne aus Gestaltern und Geldgebern sich nun auch tatsächlich mit Entwürfen an dem Wettbewerb beteiligen, müsse abgewartet werden. Dazu haben sie bis zum Jahreswechsel Zeit. Im Februar soll ein Preisgericht tagen. Der Kirchengemeinde sei klar, dass die Rahmenbedingungen aktuell nicht optimal seien. Darauf hätten auch die

möglichen Planer/Investoren mit Blick auf hohe Baukosten und Zinsen hingewiesen. Hinzu komme, dass vom Land für das Anmieten der Kita-Räume keine kostendeckende Miete erstattet werde. Diese politischen Vorgaben müssten sich ändern, betont auch Pfarrer Rothe.

Vorrangiges Ziel der Kirchengemeinde sei es, die Kita zu errichten, obwohl die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Plätzen eine öffentlich Aufgabe sei, die bei Kommune und Kreis liege.